

Antrag

der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Katrin Kunert, Dorothee Menzner, Dr. Dietmar Bartsch, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

Freistellung der Kommunen von der Mitfinanzierung bei Baumaßnahmen im Kreuzungsbereich von Eisenbahnen und Straßen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dem Deutschen Bundestag eine Novellierung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes vorzulegen, um die Voraussetzungen zu schaffen, Kommunen bei Baumaßnahmen im Kreuzungsbereich von Eisenbahnen und Straßen von der Mitfinanzierung freizustellen.

Berlin, den 30. Mai 2006

**Heidrun Bluhm
Katrin Kunert
Dorothee Menzner
Dr. Dietmar Bartsch
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Lutz Heilmann
Hans-Kurt Hill
Michael Leutert
Dr. Gesine Löttsch
Dr. Ilja Seifert
Dr. Kirsten Tackmann
Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

Begründung

Mit dem „Gesetz zur Änderung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes und anderer Gesetze“ (EKrG) vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2858) werden bei Baumaßnahmen im Kreuzungsbereich Straße/Schiene die Kommunen für ein Drittel der Kosten herangezogen, wenn sie Träger der Baulast der kreuzenden Straße sind (§ 13 EKrG). Sie sind aber aufgrund ihrer hohen Haushaltsbelastungen und den daraus folgenden desolaten Haushaltslagen nicht mehr in der Lage, diesen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. In einigen Fällen übersteigen die

finanziellen Anforderungen ein Mehrfaches aktueller Haushaltsbudgets von Kommunen, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern.

Gleichzeitig tritt infolge der prekären Haushaltssituation in den Kommunen ein weiteres Phänomen auf: Wirtschaftlich notwendige Reaktivierungen oder Er-tüchtigungen von Schienenwegen werden seitens der Kommunen abgelehnt, da häufig Bahnübergänge oder Brücken in kommunaler Straßenbaulast der Kom-munen mit zum Teil hohem finanziellen Aufwand erneuert, renoviert oder technisch gesichert werden müssen. Damit wird auch eine Chance vergeben, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen, einschließlich der damit verbundenen klimatischen, ökologischen und wirtschaftlichen Implikationen.